

☞ VOLKSABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2015

Die Erbschaftssteuer ist eine faire Steuer

Am 14. Juni stimmt das Schweizervolk über die von der EVP mitlancierte Initiative «Millionenerbschaften besteuern für unsere AHV» ab.

Überall in der Schweiz ist in den letzten Jahren das Kapital steuerlich entlastet worden: sinkende Kapital-, Handänderungs- und Unternehmenssteuern, tiefere Belastung von Kapitalerträgen. Profitiert haben vor allem grosse Konzerne und jene, die viel Kapital besitzen. Grosse Vermögen wurden grösser und grösser. Heute besitzen die reichsten Zehntausend mehr, als 90% aller Steuerpflichtigen zusammen. Kompensiert wurden die Steuerausfälle durch Sparprogramme oder Steuern und Abgaben auf Löhnen und Konsum.

Eine Erbschaftssteuer ist keine revolutionäre Idee.

Sie gehört zum Erfolgsmodell Schweiz und hat bis vor 15



Marianne Streiff

Jahren in allen Kantonen ausser Schwyz dafür gesorgt, dass die ungleiche Vermögensverteilung etwas ausgeglichen wurde. Sie

ist fair und liberal, denn: Wenn Löhne, AHV und andere Einkommen besteuert werden, soll auch Steuern bezahlen, wer ohne eigenes Zutun Millionen- oder gar Milliardenvermögen erbt.

Die Erbschaftssteuerinitiative verlangt keine neue Abgabe, sondern eine Reform.

Jene der Erbschaftssteuern. Sie wirkt damit dieser schädlichen Vermögenskonzentration entgegen. Die Initiative beseitigt die intransparente, kantonal ungleiche und damit ungerechte Besteuerung, indem die Zuständigkeit für die Erbschaftssteuer auf den Bund übertragen wird. Die Kantone werden dafür entschädigt, indem sie einen Drittel des Ertrages aus der Erbschaftssteuer erhalten. Zwei Drittel des Steuerertrages, jährlich gut 2 Milliarden Franken, fliessen in den Ausgleichsfonds der AHV. Dieses Geld geht so wieder an die Bevölkerung.

Die Erbschaftssteuer ist eine faire Steuer. Erbschaften fallen ohne eigene Leistung an. Es ist wirtschaftlich sinnvoll und gerecht, dass Erbschaften – genauso wie Löhne und Lotteriegewinne – besteuert werden. Es werden



nur Nachlässe und aufsummierte Schenkungen über 2 Millionen Franken besteuert. Da Ehegatten steuerfrei bleiben, können in der Familie 4 Millionen unbelastet vererbt werden. Damit kann Wohneigentum (Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen) steuerfrei auf die nächste Generation übertragen werden. Zudem sind jährlich Schenkungen von 20 000 Franken pro beschenkte Person steuerfrei.

Der Bestand der Familienbetriebe wird durch die Steuer nicht gefährdet.

Die Bundesversammlung erhält den Auftrag, für solche Betriebe einen zusätzlichen Freibetrag – die Initianten gehen von 50 Millionen aus – und einen reduzierten Steuersatz festzulegen. Die durch KMU angebotenen Arbeitsplätze sind somit nicht gefährdet. Selbst bewirtschaftete Landwirtschaftsbetriebe werden sogar mit Null eingesetzt. Diese Steuerreform ist gerecht, nötig und zumutbar.

Marianne Streiff,
EVP-Präsidentin und Nationalrätin

Fakten zur Initiative

- Durch Arbeitsleistung verdientes Geld muss versteuert werden. Erbschaften, v. a. Millionenerbschaften, sind ohne eigene Arbeit anfallende Einkommen. Die Erbschaftssteuer ist damit die gerechteste Steuer.
- Die Erbschaftssteuer hilft mit, die Vermögens- und Machtkonzentration bei den Reichsten einzudämmen.
- Die Erbschaftssteuer ist liberal und gerecht.
- Die ungerechten kantonalen Unterschiede im Erbfall werden aufgehoben.
- KMU werden mit einer Sonderregelung geschützt.
- Dank hohen Freibeträgen bleibt der Mittelstand steuerfrei.
- Die moderate Erbschaftssteuer trägt zur Stärkung der AHV bei.
- Die Kantone werden am Ertrag beteiligt.

Weitere Infos:
www.erbschaftssteuerreform.ch

Parolen zum 14. Juni 2015

☞ Präimplantationsdiagnostik	NEIN
☞ Stipendieninitiative	JA
☞ Erbschaftssteuerreform	JA
☞ Radio- und Fernsehgesetz	JA



Abstimmen – Mach mit!

Kaum jemand hat sich so deutlich, kritisch und unmissverständlich gegen ein laues Christentum gewandt wie der eben 80-jährig gewordene Schriftsteller



ler Peter Bichsel. «Das Reich Gottes ist nicht das Reich der Erfolgreichen und der Reichen. Es wäre das Reich derer, die die Bergpredigt, diese bekannteste und erfolgloseste Rede der Welt, ernst nehmen.» Sein Fazit teile ich voll und ganz: «Es gibt kein unpolitisches Christentum.»

Mit diesen Zeilen will ich Sie, liebe Mitchristin und lieber Mitchrist, einladen, ja dringend bitten, am kommenden 14. Juni Ihr Stimmrecht wahrzunehmen. Die EVP Schweiz hat den Lead bei zwei hochbrisanten Volksabstimmungsvorlagen: bei der Erbschaftssteuer und der Präimplantationsdiagnostik PID. Die EVP Schweiz verpflichtet sich in diesem Wahljahr 2015 ganz ausdrücklich, mit Kopf, Hand und Herz folgende drei Begriffe immer wieder mit lebendigen Inhalten zu füllen: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit. Also Grundwerte, die uns als Christen nicht nur aufgetragen, sondern auch vertraut sind. Bezogen auf die erwähnten Abstimmungsvorlagen heisst das für mich zweierlei: 1. Ablehnung der PID und damit der Selektion Ungeborener inner- und ausserhalb des Mutterleibes. 2. Zustimmung zur Reform der Erbschaftssteuer.

Machen Sie mit beim Abstimmen! Am besten samt ihren Familienangehörigen, Freunden und Bekannten, Glaubensgeschwistern, Nordic-Walking-Kolleginnen und Hauskreisvertrauten. Merci!

Marianne Streiff, EVP-Präsidentin und Nationalrätin

ZU BESUCH BEI GEMEINDERÄTIN

Sandra Stettler-Hess

Sandra Stettler (1969) ist zur Zeit Familienfrau mit vier Kindern (24, 21, 16 und 7 Jahre). Sie lebt mit ihrer Familie seit gut acht Jahren in Seftigen, wo sie am 9. März in stiller Wahl in den Gemeinderat gewählt wurde.



Sandra, hast du schon immer gewusst, dass du einmal für die EVP im Gemeinderat mitarbeiten wirst?

Nein, das ist ein neues Thema und definitiv ein neuer Lebensabschnitt.

Wie kam es dazu?

Nachdem im Januar drei Gemeinderatsmitglieder zurückge-

treten sind und auf eine Nachnominierung verzichtet wurde, erhielten mein Mann und ich die Anfrage der EVP Kanton Bern, ob wir eine Kandidatur in Betracht ziehen könnten. Unsere Familiensituation ist so, dass ich mir eine Kandidatur als Gemeinderätin vorstellen konnte. Und so wurde ich auf der Liste der lokalen Wählergruppe Forum Seftigen in stiller Wahl gewählt.

Der Gemeinderat von Seftigen hat sich neu konstituiert.

Welches Ressort bekamst du? Menschen sind mir wichtig, und ich erlebe Begegnungen mit ihnen immer wieder als sehr kostbar und interessant. Daher freut es mich, dass ich mein Wunschressort Soziales übernehmen konnte und ich das, was mir wichtig ist, in die Gemeindearbeit einbringen kann.

Welche Themen stehen im Sozialen an?

Nach der ersten Sitzung mit der Sozialbehörde kann ich noch keine grossen Themen verlauten lassen. Die aktuelle Überbauungsordnung «Chappelle» für das

Wohn- und Alterszentrum Sunneguet entspricht meiner Meinung nach jedoch einer guten Lösung, da die ältere Generation damit nicht abgeschoben wird, sondern weiterhin am Dorfleben teilnehmen kann.

Stellst du dich 2016 zur Wiederwahl?

Auf jeden Fall. Nach der Einarbeitungsphase wäre es schade, mich nach so kurzer Zeit wieder zurückzuziehen.

Welchen Termin lässt du dir nicht nehmen?

Den Gottesdienst am Sonntagmorgen in einer Freikirche in Thun.

Du hast keinen Wahlkampf bestritten. Wussten die Wählerinnen und Wähler, wer du bist und dass dir der Glaube wichtig ist?

Ich engagiere mich als Mitarbeiterin im kirchlichen Unterricht (KUW) in der Kirchgemeinde Gurzelen-Seftigen. Ich unterrichte die Unter- und Mittelstufe. So komme ich in regen Kontakt mit schulpflichtigen Kindern und deren Eltern und habe an Hand der lebens- und glaubensnahen Themen die Möglichkeit, diesen meinen Glauben zu zeigen.

Interview: Susanne Gygax

EVP-FRAUEN

Einsatz für Lohngleichheit

In der Schweiz verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit immer noch 20% weniger als ihre männlichen Kollegen. Jedes Jahr entgehen den Frauen so 7,7 Milliarden Franken.

Dieses Geld fehlt den Frauen, Familien und späteren Rentnerinnen. Um die Forderung nach Lohngleichheit zu untermauern, reisten im März 25 EVP-Frauen aus verschiedenen Kantonen nach Bern. Zusammen mit rund 12 000 Frauen aus andern Parteien und Verbänden zogen sie in einem Protestmarsch von der Schützenmatte zum Bundeshaus. Dabei waren die EVP-Frauen mit Banner und Guggel in Gelb und

Blau von weitem zu sehen und verliehen dem Umzug einen fröhlichen Farbtupfer. Die Rednerinnen auf dem Bundesplatz drückten aus, was alle Frauen beschäftigt: Den Gleichheitsartikel der Bundesverfassung gibt es seit 40 Jahren, und auch im Gleichstellungsgesetz ist die Lohngleichheit schon lange verankert. Sie ist nötig, um die Ver-

einbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und einen Schritt hin zu einer fairen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern zu erreichen. Die EVP-Frauen fordern die rasche und konsequente Umsetzung der Lohngleichheit mit Kontrollen. Nach der Demo trafen sich die EVP-Frauen im Café Gfeller an zwei langen Tischen und genossen das Kennenlernen und den Austausch untereinander sehr.

Lisette Müller-Jaag



Selektion von Menschen

Unter dem sperrigen Titel «Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich» soll die Bundesverfassung so geändert werden, dass im Labor gezielt zwischen wertvollen und unwerten Menschenleben entschieden werden kann.

Ermöglicht wird diese Entscheidung durch das revidierte Fortpflanzungsmedizinengesetz, das bei einem Ja zur Verfassungsänderung sofort in Kraft tritt. Dieses Gesetz erlaubt die Präimplantationsdiagnostik (PID). Diese ermöglicht es, im Reagenzglas befruchtete Eier vor ihrer Einsetzung in die Gebärmutter auf ihre genetische Qualität zu überprüfen und «defekte» auszuschneiden. Mit der PID kann künftig im Labor entschieden werden, ob Menschen mit Behinderungen geboren oder ausselektiert werden (vgl. www.nein-zur-pid.ch). Wir müssen bereits den mit dem Gesetz verknüpften Verfassungsartikel klar bekämpfen und ablehnen. Sonst öffnen wir die Büchse der Pandora. **Mit einem Nein zur Verfassungsänderung verhindern wir letztlich die gezielte Selektion von Menschen.**



Rechtsordnung und Medizin müssen dazu dienen, kranke Menschen inklusive kranker Embryonen zu heilen und nicht, sie zu beseitigen. Dass Geborene über die Ungeborenen verfügen, indem sie sie einer Qualitätskontrolle unterziehen, widerspricht dem christlichen Menschenbild. Aus ethischen Gründen tritt die EVP deshalb für ein Nein zur Verfassungsänderung ein. Diese öffnet nicht nur der PID Tür und Tor, sondern auch weiteren künftig denkbaren Fortpflanzungsverfahren wie z. B. Retterbabys oder Embryonenspenden. Die Delegierten der EVP Schweiz empfehlen dringend, diese Verfassungsänderung abzulehnen.

Marianne Streiff, Nationalrätin

Marc Jost zur Erbschaftssteuerreform



Marc Jost ist ab 1. Juni für ein Jahr Grossratspräsident.

«Ich nehme die Erbschaftssteuerinitiative der EVP an, weil ich Verantwortung für die kommenden Generationen übernehmen will. Wir brauchen eine Lösung für das demografische Problem bei der Altersvorsorge. Neu sollen deshalb Nachlasse ab 2 Mio. Franken besteuert werden. Dabei wird Familienunternehmen ein grösserer Freibetrag gewährt, damit deren Existenz nicht bedroht ist. Der Ertrag soll zu zwei Dritteln der AHV zu Gute kommen. Eine bessere Lösung für die AHV sehe ich nicht. Für mich entspricht die Erbschaftssteuer einem Prinzip, das auch im biblischen Erlassjahr-Gedanken zum Vorschein kommt. Vermögen soll sich nicht auf wenige Menschen konzentrieren, sondern dem Gemeinwohl aller dienen.»

Radio- und TV-Gesetz

Am 26. September 2014 hat das Bundesparlament die Teilrevision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen verabschiedet. Der Service public im Radio und Fernsehen soll künftig durch eine neue, geräteunabhängige Abgabe finanziert werden.

Da es heute möglich ist, auch über andere Endgeräte als nur Radio- und Fernsehgeräte Sendungen zu sehen und zu hören, musste das Gebührensystem erneuert werden. Die Revision schafft nun Klarheit über die Gebührenpflicht. Der Schweizerische Gewerbeverband hat das Referendum dagegen ergriffen. Neu sind alle Haushalte gebührenpflichtig, unabhängig davon, ob sie Radio hören oder fernsehen. Für Privathaushalte und drei Viertel der kleinen und mittleren



Christine Schnegg

Unternehmen wird die Gebührenlast jedoch gesenkt. Ebenso werden Ausnahmen von der Pflicht festgelegt, z. B. für Altersheim-

bewohnende oder Beziehende von Ergänzungsleistungen. Familienbetriebe und Kleinunternehmen werden in Zukunft von der Abgabepflicht befreit, wenn der Jahresumsatz unter 500 000 Franken liegt. Die EVP sagt ja zum revidierten Gesetz. Medien sind wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft und tragen zur Stabilität des Landes bei. Aus diesem Blickwinkel empfehle auch ich Ihnen ein Ja zum neuen Bundesgesetz über Radio und Fernsehen.

Christine Schnegg, Grossrätin

Stipendieninitiative

Die Initiative des Verbandes der Schweizer Studierenden (VSS) will ein harmonisiertes Stipendiensystem schaffen, das den Zugang zu höherer Bildung unabhängig vom Wohnkanton und von den finanziellen Ressourcen einer Person für alle möglich macht.

Die Initiative fordert mit einer Änderung von Artikel 66 der Bundesverfassung, dass die Kompetenz zur Vergabe und Festlegung der Höhe der Ausbildungsbeiträge beim Bund liegt. Die Beiträge sollten einen minimalen Lebensstandard garantieren und so zu Chancengerechtigkeit führen. Eine Annahme würde Mehrkosten von 500 Mio. Fr. verursachen.

Heute variieren die Stipendienbeiträge zwischen den Kantonen sehr stark, und Studierende mit guten finanziellen Ressourcen

und/oder dem «richtigen» Wohnort können sich ein Studium eher leisten. Der Bundesrat lehnt die Initiative mit Verweis auf das interkan-



Christine Grogg

tonale Stipendienkonkordat ab und hat einen indirekten Gegenvorschlag (Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes) eingereicht.

Die EVP glaubt, dass der Gegenvorschlag keine wirkliche Vereinheitlichung garantiert, und sagt deshalb ja zur Initiative. Damit bekennt sich die EVP zur Chancengerechtigkeit für alle Studierenden unabhängig von finanziellem Hintergrund und Wohnort.

Christine Grogg, Grossrätin

Silvia Fels, Ostermundigen

Die 52-jährige Silvia Fels vertritt die EVP im Grossen Gemeinderat von Ostermundigen und in der Sozialkommission. Sie wohnt mit ihrer Familie in einer Lebensgemeinschaft mit andern Christen. 2014 eröffnete sie mit ihrem Mann die Gelateria «N'ice Cream Ice & Café», die eine Art Quartiertreff geworden ist.



Silvia und Daniela Fels im N'ice Cream.

Vor ihren Ausbildungen an der Handelsschule und als Erwachsenenbildnerin war Silvia Fels auch im Gastgewerbe tätig. Sie und ihr Mann Mark haben drei Kinder von 16 bis 24 Jahren.

Was gefällt dir an Ostermundigen?

Ostermundigen ist eine Stadt und doch auch ein Dorf. Man kennt sich und kommt sofort in Kontakt mit den Leuten. Das gefällt mir sehr. Wir wohnen als Familie schon 16 Jahre hier. Das gibt auch ein Heimatgefühl.

Wie kam es zur Gründung des «N'ice Cream» (www.nicecream.ch)?

Es war schon immer mein Wunsch ein Restaurant zu eröffnen. Diesen stellte ich aber hinter die Familie und die Lebensgemeinschaft, in der wir mit etwa 30 Personen leben teilen. Wir führen die Basivilla schon fast 20 Jahre zusammen mit einem andern Ehepaar, und als wir das Haus an der Oberen Zollgasse (wo nun eines der zwei N'ice Cream ist) für die Lebensgemeinschaft kaufen konn-

ten, machten wir uns Gedanken zur Nutzung des Ladenlokals. Ideen waren ein Mittagstisch, ein Quartiertreff oder ein Café. Bei einer Ferienreise mit dem Motorrad rund um die Schweiz trafen mein Mann und ich immer wieder auf Gelaterias und Eiskaffees. Das brachte uns auf die Idee, ein solches zu starten. Die Eröffnung war dann recht anspruchsvoll, weil viel Neues auf uns zukam.

Was ist das Konzept deines Betriebs?

Wir möchten ein Schaufenster sein im Quartier und der Bevölkerung dienen. Die Gelateria ist ein Schritt dazu. Viele Leute treffen sich hier. Oft schicken Eltern ihre Kinder auch alleine hin, weil sie wissen, dass sie uns vertrauen können. Im gleichen Haus konnten wir als Vineyard Ostermundigen auch den Kindertreff Villa Jo-Jo und die Lebensgemeinschaft ansiedeln. Die Leute können durch all dies in unser Leben hineinsehen und auf Wunsch mit uns ins Gespräch kommen. Die Gelateria erforderte viele Investitionen und war nur dank Eigenarbeit der Familie und vieler Freunde machbar. Nun hoffen wir, mit

den Einnahmen unsere Kosten decken zu können.

Du engagierst dich auch in der Gemeindepolitik. Was ist dir dabei wichtig?

Sehr wichtig sind mir Menschen und das Soziale. Ich wünsche mir ein gutes Zusammenleben in Ostermundigen. Wir haben einen grossen Ausländeranteil. Neben den Kindern liegt mir das Miteinander von Ausländern und Schweizern am Herzen. Als EVP achten wir auch auf die Kosten, aber wir wollen nicht bei den Schwachen sparen. Es gibt hier ganz viele Working Poors. Als Geschäftsfrau will ich andere Schwerpunkte setzen. Wer bei mir arbeitet, soll davon leben können.

Wie bist du als Geschäftsfrau mit der Politik zufrieden?

Die Ostermundiger Politik setzt

sich sehr fürs Kleingewerbe ein und will solches ansiedeln. Ich fühle mich da gut unterstützt.

Wie spielen christliche Werte in deine Arbeiten hinein?

Christliche Werte sind für mich sehr wichtig, auch im Geschäft. Etwa Ehrlichkeit, Transparenz, faire Löhne und korrektes Abrechnen – auch bei den verschiedenen Mehrwertsteuersätzen. Konflikte gibt es bei der Sonntagsarbeit. Der Sonntag ist einer unserer umsatzstärksten Tage. Doch ich will mich nicht vom Geschäft knechten lassen. Uns sind der um 11.30 Uhr beginnende Gottesdienst und das Gemeindeleben sehr wichtig. Darum öffnen wir am Sonntag erst um 15 Uhr, obwohl die Leute sehr gerne schon ab 13 Uhr kommen würden.

Interview: Christof Erne

Willkommen im Berner Oberland

*** **Familienhotel Alpina Adelboden**
Flecklistrasse 40, 3715 Adelboden
Tel. 033 673 75 75, alpina@vch.ch
www.alpina-adelboden.ch

Gemütliches, familienfreundliches Hotel im Wander- und Skigebiet Adelboden. Komfortable Zimmer mit Dusche/WC, Saunalandschaft, Spielzimmer, Gruppenräume. Grosszügige Kinderrabatte.



*** **Hotel Artos Interlaken**
Alpenstrasse 45, 3800 Interlaken
Tel. 033 828 88 44, mail@artos.ch
www.artos.ch

Ferien- und Seminarhotel an ruhiger, zentraler Lage. Grosszügige Zimmer mit Dusche/WC und Balkon. Frühstücksbuffet und Viergang-Abendessen mit Auswahl. Wellness-Oase, gratis Ortsbus, regelmässige Andachten.



Backpackers Villa Sonnenhof
Alpenstrasse 16, 3800 Interlaken
Tel. 033 826 71 71, mail@villa.ch
www.villa.ch

Herberge für junge Einzelgäste und unkomplizierte Familien. Ab 39 Fr. pro Person inkl. Frühstück, Gästeküche, WLAN und gratis Eintritt ins Hallenbad. Neu auch Zimmer mit Dusche/WC und separate Gruppenräume.



Herzliche Gastfreundschaft im Herzen der Schweizer Alpen!

Swiss Methodist Hotels

www.methodisthotels.org



Mehr Autonomie für die Kirchen

Der Regierungsrat will das Verhältnis des Kantons zu den drei Landeskirchen weiterentwickeln und das dazugehörige Kirchengesetz totalrevidieren. Basis der Vorschläge ist ein externer Expertenbericht zum Verhältnis von Kirche und Staat.

Die Regierung will die Verflechtung von Kirche und Staat stufenweise lockern und den Landeskirchen mehr Autonomie und Verantwortung einräumen. Das Anstellungsverhältnis der Geistlichen soll an die Landeskirchen übertragen und für deren Finanzierung ein neues System ausgearbeitet werden, das sowohl die historischen Ansprüche der Landeskirchen respektiert als auch den finanziellen Interessen des Kantons Rechnung trägt. Der Bericht wird dem Grossen Rat in der Septembersession 2015 zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Die EVP anerkennt, dass der Expertenbericht endlich die erforderlichen Grundlagen vorlegt, um im Kanton Bern eine seriöse Debatte zum Verhältnis von Kirche und Staat führen zu können. Eine solche Auslegeordnung hatten die beiden EVP-Grossräte Philippe Messerli und Ruedi Löffel bereits 2007 in einer Motion gefordert – damals jedoch vergeblich. Der Bericht zeigt nun u. a. auf, dass der Wert der von den Landeskirchen erbrachten gesellschaftlich relevanten Leistungen die Beiträge des Staates deutlich übersteigt. Die EVP ist aber enttäuscht darüber, dass der Regierungsrat in seinem eigenen Bericht keine konkreten Vorschläge darüber macht, wie christliche Religionsgemeinschaften ausserhalb der Landeskirchen gefördert werden können, denn auch Freikirchen und andere christliche Gemeinschaften erbringen gesellschaftlich relevante Leistungen und tragen

zur Förderung der Solidarität und des Gemeinwohls bei. Anders als Landeskirchen gelten sie aber nicht als gemeinnützig. Mit der geplanten Totalrevision der Kirchengesetzgebung böte sich die Gelegenheit, um einen gewissen Ausgleich in dieser Ungerechtigkeit zu schaffen.

Ansonsten gehen die politischen Schlussfolgerungen und Leitsätze des Regierungsrats aus Sicht der EVP grundsätzlich in die richtige Richtung. Die angestrebte Entflechtung des Verhältnisses liegt sowohl im Interesse der Kirchen wie auch des Staates. Für die Landeskirchen schafft sie mehr Autonomie und damit die Möglichkeit, sich schneller an neue Gegebenheiten und Erfordernisse anzupassen. In der Frage, wie die Landeskirchen in Zukunft konkret finanziert werden sollen, bleibt der Regierungsrat allerdings äusserst vage. Dazu braucht es noch vertiefere Abklärungen. Die EVP



erwartet aber, dass eine allfällige Neuregelung der Anstellungsverhältnisse der Pfarrer/innen möglichst ohne Kündigungen in den einzelnen Kirchgemeinden durchgeführt wird.

Philippe Messerli, Grossrat und Mitglied der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen

ERBSCHAFTSSTEUER-REFORM

Die KMU werden bewusst verschont

Der EVP-Grossrat Markus Wenger aus Spiez ist ein selbstständiger Unternehmer im Bereich Fensterbau. Weshalb sagt er als KMU-Vertreter ja zur Erbschaftssteuer-Initiative?

Markus Wenger, weshalb engagierst du dich als selbstständiger Unternehmer für die Erbschaftssteuerreform?

Die Sicherung der AHV liegt mir am Herzen. Mit den Einnahmen aus der Erbschaftssteuer können wir einen Teil der Altersentwicklung finanziell abfangen. Fast alle anderen Alternativen verursachen höhere Produktionskosten und sind darum für uns Gewerbetreibenden schädlich.

Die Reformgegner behaupten aber vehement, es handle sich um eine unternehmerfeindliche «KMU-Steuer», die das Lebenswerk vieler KMU-Besitzer gefährde. Gemäss Verfassungstext muss



Foto: Valérie Chételat

das Parlament für Unternehmen eine Freigrenze so festlegen, dass «ihr Weiterbestand nicht gefährdet wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben». Dies wird von den Gegnern meist bewusst verschwiegen. Die allermeisten KMU-Familien besitzen ein Vermögen, das von der Erbschaftssteuer kaum betroffen wäre.

Erschwert die Erbschaftssteuer nicht die Nachfolgeregelung in deinem Familienunternehmen? Nein. Wenn zum Beispiel unser Betrieb mit 135 Mitarbeitern von meiner Familie weitergeführt

wird, schulden wir gar keine Erbschaftssteuer. Wird das Unternehmen verkauft, kommt es stark auf den von der wirtschaftlichen Lage abhängigen Verkaufspreis an.

Also ist die Steuer gar kein KMU-Killer, der das Weiterführen von Betrieben erschwert?

Im Gegenteil: Wer verkauft wird steuerpflichtig. Weiterführen wird bevorzugt behandelt. Die Reformgegner sorgen sich besonders um Gewerbe und Industrie. Diese könnten die Erbschaftssteuer gar nicht aus eigener Kraft finanzieren, da deren Geld im Maschinenpark und in den Liegenschaften stecke. Betrachtet man aber allein das Betriebskapital, wird es nur sehr wenige Betriebe geben, die mit ihrem Nettovermögen eine Höhe erreichen, die von der Erbschaftssteuer betroffen wäre. Bei einer angenommenen Freigrenze von 50 Mio. würde für ein Nettovermögen von 100 Mio. Fr. eine

Steuer von höchstens 2,5 Mio. Fr. anfallen. Das sollte keine Existenzängste hervorrufen.

Bestraft die Erbschaftssteuer nicht alle Sparerinnen und Sparer? Das vererbte Geld wurde doch bereits zu Lebzeiten als Einkommen und Vermögen versteuert?

Das Vermögen kann aus sehr unterschiedlichen Quellen stammen. Oft sind jedoch ein Teil Vermögensgewinne. Diese wurden nie als Einkommen besteuert, auch die AHV ging leer aus.

Die Gegner der Reform sehen darin auch einen Angriff auf die Steuerhoheit der Kantone.

Eine kantonale Lösung zugunsten der AHV ist nicht möglich. Die Kantone werden mit einem Drittel entschädigt. Weil die Altersentwicklung besonders bei den Ergänzungsleistungen auch den Kantonen zu schaffen macht, ist das doppelt sinnvoll.

Interview: EVP CH

EVP schlägt Mittelweg vor

Der Abbau bei den Verbilligungen der Krankenkassenprämien wird im Kanton Bern momentan heiss diskutiert. Auch die EVP wurde aktiv.

2012 wurde das Gesamtvolumen der Verbilligungen um 20 Millionen gekürzt. Im Januar 2015 hat die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat zudem den Grundsatz aus dem Gesetz gekippt, dass mindestens 25 % der Bevölkerung von Verbilligungen profitieren sollen. Damit könnte der Kantonsbeitrag theoretisch auf null gesenkt werden. Auf der

linken Seite hat ein Komitee aus SP, Grünen und Gewerkschaften das Referendum gegen den Grossratsentscheid ergriffen und zudem eine Volksinitiative lanciert, mit der die Sparmassnahme vollständig aufgehoben werden soll. Mit einer Finanzmotion von Grossrat Hans Kipfer schlägt die EVP ein eigenes Modell als Mittelweg vor. Es ermöglicht **eine so-**



Hans Kipfer

zialverträgliche Verbilligung der Krankenkassenprämien, ohne die Kantonsfinanzen allzu sehr zu strapazieren. So sollen die Prämien in Zukunft an den Bundesbeitrag gekoppelt werden. Letzterer wird auf Grund der jährlichen Bruttoprämien jeweils auf 7,5 % derselben festgesetzt. Die Höhe des Kantonsbeitrags soll dabei auf drei Achtel des Bundesbeitrags fixiert werden. Damit würden die verfügbaren Gelder leicht über dem infolge der Sparmassnahmen gekürzten Niveau von 2014 fortgeführt und gleichzeitig für

den weiteren Verlauf an die Prämienentwicklung gekoppelt. In einer zweiten Motion fordert die EVP zudem **eine feinere und wirkungsvollere Abstufung der Anspruchsberechtigung als heute.** Die reduzierten Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo wirklich Not herrscht. Der Regierungsrat lehnt die Anbindung an den Bundesbeitrag mit der Begründung ab, dass damit die Flexibilität des Kantons in seiner Finanzplanung eingeschränkt würde. Zudem führe jede Prämienhöhung automatisch zu einer Erhöhung der Prämienverbilligungsausgaben. Das letzte Wort hat der Grosse Rat in der Junisession.

Philippe Messerli, Grossrat

AGENDA

Grossratspräsidenten-Wahl

Möglichkeit, die Wahl von EVP-Grossrat Marc Jost zum Grossratspräsidenten zu verfolgen
1. Juni, 13.30 Uhr
Tribüne im Rathaus Bern

Frauenetzwerk:

Politischer Frauenmorgen

Wahlaufakt 2015 für EVP-Frauen
6. Juni, 9.30 Uhr
Nägeligasse 9, Bern

Volksabstimmungen

14. Juni

KMU-Forum EVP Schweiz zum Thema «Innovation»

19. Juni
Ilfishalle, Langnau

Kandidierendenschulung Nationalratswahlen 2015

27. Juni, 10.00–16.00 Uhr
Bern

EVP-Kurs «Neu in der EVP – Einführung in Politik, Organisation und Werte»

27. August, 17.15–20.00 Uhr
Nägeligasse 9, Bern

Delegiertenversammlung

EVP CH und Wahlevent
5. September

Kantonalvorstand EVP BE

17. September, 19.30 Uhr
Nägeligasse 9, Bern

Nationalrats- und Ständeratswahlen

18. Oktober

EVP-Kurs «Einführung in die webbasierte Adressverwaltung»

Lernen mit den Funktionen des Webportals zu arbeiten
30. Oktober, 17.15–20.00 Uhr
Nägeligasse 9, Bern

Spendenbarometer



Nationale Wahlen 2015

Am 18. Oktober 2015 werden der National- und der Ständerat neu gewählt. Die EVP will den bisherigen Nationalratspräsidentin Marianne Streiff verteidigen und möglichst einen zweiten Sitz hinzugewinnen. Damit wir die dazu erforderlichen Werbemittel finanzieren können, benötigen wir noch Spenden in der Höhe von Fr. 76 512.-. Die EVP ist auf Ihre Mithilfe ganz dringend angewiesen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

EVP Kanton Bern
PC 30-20312-1

Gibt es bei Ihnen noch keine EVP?

Interessiert?

Dann melden Sie sich bei:
Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gemeindewahlen
EVP BE

lukas.zimmermann@evp-be.ch
Tel. 076 462 15 40

DIE EVP IM GROSSEN RAT

Aktuelle Vorstösse

Motion «Für eine wirkungsvolle Familienpolitik»

Die Motion der EVP-Fraktion (Christine Schnegg) fordert, dass mit dem nächsten Bericht zur Umsetzung des Familienkonzepts eine Strategie, ein Terminplan und eine Neupriorisierung der vorgesehenen Massnahmen vorgelegt werden. Wegen der Lage der Kantonsfinanzen wurden einige wichtige Massnahmen zur Unterstützung der Familien bisher nicht umgesetzt.

Motion über «einen europäischen Islam»

Die Motion der EVP-Fraktion (Patrick Gsteiger) fordert, dass der Kanton konkrete Massnahmen trifft, um jegliche Art von islamischem Extremismus zu bekämpfen, die Gefahr einer Indoktrinierung zu begrenzen und eine europäische Ausprägung des Islams zu fordern.

Motion «Für eine nachhaltige Finanzpolitik – Gewinnausschüttungen der Nationalbank immer für Schuldenabbau verwenden»

Der Vorstoss von Philippe Messerli verlangt, dass in Zukunft alle Gewinnausschüttungen der Nationalbank nur noch für den Schuldenabbau verwenden

det werden dürfen. Damit soll der Kanton seinen finanziellen Handlungsspielraum mittel- bis längerfristig verbessern.

Interpellation «Ist die Informationssicherheit in der Berner Kantonsverwaltung gewährleistet?»

Barbara Streit will vom Regierungsrat wissen, ob die Informationssicherheit in der Berner Kantonsverwaltung gewährleistet ist und ob die Aufsicht wirksam und unabhängig funktioniert.

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bevp@evp-be.ch

Inserate:

Jordi AG, Belp
Christian Aeschlimann, Tel. 031 818 01 42
christian.aeschlimann@jordibelp.ch
Mediendaten: www.evp-be.ch > Parteizeitung

Geschäftsstelle:

EVP Kanton Bern, Pf 294, 3000 Bern 7
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Adressänderungen: Bitte schriftlich an
EVP Schweiz, Werner Rieder, Postfach 294
3000 Bern 7; werner.rieder@evppev.ch)

Jahresabonnement:

Mitglieder: Fr. 5.-; Freunde/Gönner: Fr. 3.-
Postcheck 30-20312-1 (EVP)

Druckerei:

W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage
Müllerstrasse 3
2562 Port
www.atelierpassage.ch
info@atelierpassage.ch
Tel. 032 331 66 55



Wahlkampf oder Sachpolitik?

Wahltaktik prägte die erste Grossratssession im Jahr 2015 mit. Daneben wurde aber auch Sachpolitik betrieben.

Seit der Parlamentsrechtsreform hat im Ratsbetrieb eine neue Unart Einzug gehalten: Immer wieder werden politische Vorstösse ohne Beratung zurückgezogen. So kamen etliche **«Wahlkampf-Raketen»**, die vorher in den Medien grosse Präsenz genossen, gar nicht erst zur Debatte. Um sich aber zum gleichen Thema einen besseren Vorstoss auszudenken, wurden in der Januarsession zehn Forderungen zurückgezogen, in der Märzsessi-

on nochmals sieben. Das macht die Planung des Ratsbetriebs schwierig. Aus unseren Reihen forderte Ruedi Löffel die rechtlichen Grundlagen zur Änderung des **Wahlsystems für die Grossratswahlen** nach der doppeltproportionalen Divisormethode mit Standardrundung («doppelter Pukelsheim»). Die grossen Parteien hatten aber kein Gehör und schmetterten die aus unserer Sicht fairere Lösung ab. Ungewöhnlich viel zu diskutieren gaben die **Regierungsrichtlinien**. Die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) brachte etliche

Planungserklärungen vor, und von bürgerlicher Seite wurde gar eine Rückweisung gefordert, zu der es aber nicht kam. Von EVP-Vertretern wurde mitverlangt, den Wasserzins für Wasserkraftwerke nicht zu erhöhen. Diese Forderung fand mit Unterstützung unserer Fraktion im Sinne der Energiewende eine Mehrheit. Im Zusammenhang mit der **Kulturpflegestrategie** wurde eine Reduktion der inventarisierten Gebäude angestrebt. Es wurde entschieden, dass nicht mehr als 6% der Gebäude als erhaltens-



Marc Jost

oder schützenswert eingestuft werden dürfen. Bisher sind etwa 9% der Gebäude im Inventar, das für die Gemeinden jedoch unverbindlich ist und nur eine Empfehlung darstellt. Vergeblich wehrte sich die EVP dagegen, dass kein Leistungsziel zur **Krankenkassen-Prämienverbilligung** mehr im Gesetz definiert sein soll. Es wurde zwar anerkannt, dass die aktuelle Definition mit einem Prozentsatz der Bevölkerung nicht ideal ist, aber die ganze Streichung ging für die EVP-Fraktion in die falsche Richtung. Schliesslich wurden die Beiträge seit 2013 von 125 Mio. auf 80 Mio. Fr. gesenkt. Die EVP fordert jetzt mittels Motion eine neue Lösung mit Orientierung am Bundesbeitrag (vgl. Seite 4).

Marc Jost, Grossrat

Finanzen und Menschen im Fokus

Die Märzsession des Grossen Rates dauerte nur vier Tage und war damit wie schon die Januarsession sehr kurz. Viel zu reden gaben vor allem die Finanz-, Asyl- und Gesundheitspolitik.

Debattiert wurde zu Beginn der Session über die Verwendung der Restmittel des Investitionsspitzenfonds, der per Ende 2015 aufgelöst wird. **Hans Kipfer** und **Barbara Streit** sprachen sich gegen den Vorschlag der



Hans Kipfer



Barbara Streit

Regierung aus, diese Mittel für Strassenbauprojekte im Emmental und Oberaargau zu verwenden, die erst in 10 bis 15 Jahren realisiert würden. Im Namen der EVP forderten sie stattdessen, sämtliche Restmittel gleichwertig zu Gunsten der Nettoinvestitionen der Jahre 2016 bis 2020 zu verpflichten. Wenn schon

eine Neuverschuldung in Kauf genommen werden müsse, dann sei es sinnvoller diese Mittel in den nächsten fünf Jahren für bereits ausführungsfähige Projekte zu verwenden, so die Argumentation. Der Rat lehnte jedoch den EVP-Antrag deutlich ab und folgte dem Vorschlag der Regierung.

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) nahm im letzten Jahr stark zu, weshalb der Grosse Rat über einen Zusatzkredit für die Unterbringung und Betreuung dieser schutzbedürftigen Kinder und Jugendlichen zu befinden hatte. **Markus Wenger** als Präsident der Sicherheitskommission und **Patrick Gsteiger** als Fraktions-sprecher sprachen sich beide für die Annahme des Kredits aus. Da der grösste Teil dieser jungen Flüchtlinge in der Schweiz



Markus Wenger



Patrick Gsteiger

bleiben werde, sei es umso wichtiger, sie gut zu betreuen, auszubilden und zu integrieren, argumentierten die beiden EVP-Vertreter.

Infolge der Sparmassnahmen wurden die kantonalen Beträge an die Ausbildung der Assistenzärzte beträchtlich gekürzt. Dies führte dazu, dass vor allem die öffentlichen Spitäler diese Finanzierungslücke mit unerwünschten Querfinanzierungen selber stopfen mussten. **Melanie Beutler** setzte sich im Rat erfolgreich für eine Erhöhung der kantonalen Zuschüsse aus. Gleichzeitig machte sie sich für einen besseren Ausgleich bei der Finanzierung der Ausbildungskosten stark: Die Lasten müssten einerseits zwischen den öffentlichen und privaten Spitätern und andererseits unter den Kantonen besser verteilt werden.



Melanie Beutler

Philippe Messerli sprach sich für eine verbesserte Prävention

zur Verhinderung sexueller Übergriffe an Minderjährigen aus. So soll die Regierung prüfen, ob kantonal subventionierte Institutionen zur Einrichtung interner Meldestellen sowie zur regelmässigen Schulung des Personals zu verpflichten sind. Wenn dadurch nur ein einziger Missbrauchsfall vermieden werden könne, habe sich der Aufwand bereits gelohnt, betonte Messerli.



Philippe Messerli

Eine positive Meldung gab es bei den Richterwahlen zu verzeichnen. Ohne eine einzige Gegenstimme wurde die Thuner EVP-Frau **Simone Mühlethaler** vom Grosse Rat zur Gerichtspräsidentin am Regionalgericht Oberland gewählt. An dieser Stelle wünschen wir Frau Mühlethaler viel Befriedigung, Gewinn und Gottes Segen in ihrem neuen Amt!



Simone Mühlethaler

Philippe Messerli, Grossrat

Aus den EVP-Sektionen

Feuer unter dem Dach

Angehörige der Milizfeuerwehr aus Nidau und Ipsach traten aus Frust über die unbefriedigende Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr zurück. Bereits letzten November wies EVP-Stadtrat Peter Lehman in einer einfachen Anfrage auf das Problem hin. Mit der Interpellation «Feuer unter dem Dach der Regiofeuerwehr Agglomeration Biel – wie weiter?» will nun EVP-Stadtrat Philippe Messerli vom Nidauer Gemeinderat wissen, ob die Kritik berechtigt ist, wie es konkret weitergehen soll und ob die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr gewährleistet ist.

EVP-Velobörse in Lyss

Die EVP führte auf dem Marktplatz in Lyss ihre jährliche Velobörse durch. Velohändler und Private lieferten nicht mehr verwendete Fahrräder, Anhänger, Helme und Kindersitze ab.



107 Fahrräder wechselten den Besitzer. Ein Verpflegungsstand bot Getränke, Zopf und Kuchen. Die Kinder stürzten sich auf die EVP-Ballone und führten sie im ganzen Dorf spazieren. Der Anlass ist weit herum bekannt und eine gute Gelegenheit, sich als EVP-Ortspartei tatkräftig für Langsamverkehr und Recycling einzusetzen.

Vorstösse zur Volksschule

Mit zwei Vorstössen regt der Langenthaler EVP-Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch eine Weiterent-



Daniel Steiner

wicklung der Langenthaler Volksschule an. Die Motion «Einführung von Mehrjahrgangsklassen» fordert einen Pilotversuch zur Einführung solcher Klassen im Regelschulbereich der Primarstufe (evtl. inkl. Kindergarten) und/oder Sekundarstufe 1. Mit der Motion «Einführung eines durchlässigen Schulmodells auf der Sekundarstufe 1» soll die Durchlässigkeit in dieser Stufe erhöht werden.

Aktives Thunstetten-Bützberg

Der Gemeinderat von Thunstetten-Bützberg wählte den 28-jährigen Juristen Denis Kurzhals (EVP) in die Kultur- und Sportkommission, die ein Bindeglied zu den Vereinen ist sowie die Bundesfeier und die Neuzuglerbegrüssung organisiert. Denis Kurzhals will sich für ein aktives Kultur- und Vereinsleben einsetzen. Er ist auch im Vorstand der EVP Oberaargau.



Denis Kurzhals

Personalwechsel in Worb

An der Hauptversammlung der EVP Worb wurden die 15-jährigen Statuten erneuert und Harry Suter für viele Jahre politisches Engagement gedankt. Er war rund 12 Jahre Mitglied des Grossen Gemeinderats (GGR) und zehn Jahren Präsident der EVP Worb. Das Präsidium gab er 2014 an Beatrix Zwahlen ab, nun trat er auch als Parlamentarier zurück. Seine GGR-Nachfolgerin ist Familienfrau und MüZe-Geschäftsführerin Silvia Moser. Im zweiten Teil bot der Anlass hochinteressante Einblicke in die Arbeit des Care-Teams des

Kantons Bern, das zum Einsatz kommt, wenn im grösseren oder kleineren Rahmen etwas Schlimmes passiert.

Neue Präsidentin in Bern

Stadträtin Bettina Jans-Troxler wurde an der Hauptversammlung der EVP Stadt Bern zur Präsidentin gewählt. Sie löst Barbara Streit-Stettler ab, die das Amt 1999 antrat und im Vorstand bleibt, sich aber verstärkt der neuen Aufgabe als Grossrätin widmen will. Bettina Jans-Troxler ist Heil- und Sozialpädagogin, erwarb einen Master of Arts in Theology und arbeitet teilzeitlich im Kernteam Jugend des Evangelischen Gemeinschaftswerks. Neu in den Vorstand gewählt wurde der 27-jährige Verkehrsingenieur Lukas Wellauer.



Bettina Jans-Troxler

Wechsel in Konolfingen

Auf die Hauptversammlung 2015 traten Präsident Fritz Niederhauser und Sekretärin Margrit Niederhauser von ihren Ämtern zurück. Sie bleiben aber beide im Vorstand. Als neuer Präsident wurde Heinz Zingg gewählt, als Interims-Sekretär Fritz Niederhauser. Danach berichtete Andreas Flückiger vom Wandel der Missionsarbeit in Südamerika. Er war mit seiner Frau mehrere Jahre in Argentinien und für kürzere Einsätze in Kolumbien tätig.

Ziele für Steffisburg

An einer Parteiversammlung der EVP Steffisburg wurden die Legislaturziele 2015–2018 diskutiert und verabschiedet. Man einigte sich auf die Schwerpunkte in den Bereichen Umwelt, Familienpolitik und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen.



SPITALSCHIFFE FÜR DIE ÄRMSTEN




Sie können helfen!

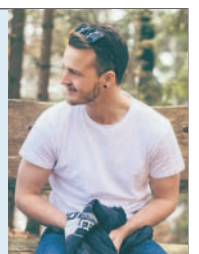
www.mercyships.ch
PC 10-17304-3



Darum engagiere ich mich in der Politik

«Da ich Recht studiere, dachte ich schon länger darüber nach, mich ebenfalls in der Politik zu engagieren. Gerade der Schritt zur EVP dauerte jedoch ein wenig länger, weil ich mir lange Zeit überlegte, ob ich bereits zu Beginn als Christ und den damit verbundenen Vorurteilen kategorisiert werden will. Entscheidend für den Beitritt war aber schliesslich, dass ich in der EVP mit Leuten, mit denen ich dieselben Grundvoraussetzungen teile, über unsere Gesellschaft nachdenken und nach Lösungen für Herausforderungen suchen kann.»

Yannick Gloor, Jura-Student



Kinder werden zum Thema Guter Hoffnung

In meiner Rückschau auf die Frühlingsession des Nationalrats berichte ich Ihnen gerne über zwei Geschäfte und einen kleinen EVP-Erfolg.

Einen detaillierteren Bericht finden Sie unter www.marianne-streiff.ch > Sessionsbericht.

Durchbruch bei der Zweitwohnungsinitiative

Die Aufweichung des Zweitwohnungsgesetzes hat nach dem Ständerat in der zuständigen Nationalratskommission (UREK) ein empörendes Ausmass angenommen, und die Ziele der Volksinitiative wurden nach Belieben der Tourismus-Unternehmer umgebogen und uminterpretiert. Laut Urek sollen Wohnungen, die auf einer Internet-Vertriebsplattform ausgeschrieben und «touristisch bewirtschaftet» werden sollen, nicht als Zweitwohnungen gelten und damit nicht unter die 20%-Limite fallen. Dank der Referendumsdrohung der Fondation Franz Weber rafften sich im letzten Augenblick SVP und FDP zusammen und ebneten den Weg für einen Kompromiss im Sinne der Landschaftsschützer. Nämlich: die Ausnahme für die Plattform Mietwohnungen, die Umnutzung erhaltenswerter Gebäude und die Umnutzung nicht rentabler Hotels. Die EVP begrüsst den Kompromissvorschlag.

Schutz vor Sexualisierung der Kinder

Die Beratung der Initiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule» hätte ein Glaubenskrieg zur Sexualkunde werden können. Die fast 3,5 Stunden dauernde Debatte lief aber unspektakulär ab, weil die Ängste, Befürchtun-



Marianne Streiff

gen und Verschwörungstheorien der Initianten keine Nahrung mehr haben. Weder kommt der Sexkoffer weiter zur Anwendung, noch enthält der Lehrplan 21 die heraufbeschworenen Unterrichtseinheiten, die an der Verantwortung der Eltern vorbeigezogen werden, noch greifen Bundesämter und Hochschulen unangemessen in die Schulhoheit ein. Sexuelle Erziehung ist ein äusserst sensibles Thema, das grosse Sorgfalt verlangt. Doch der öffentliche Bildungsauftrag steht mit dem Erziehungsrecht der Eltern nicht im Widerspruch, sondern ergänzt diese primäre Erziehungskompetenz. Der Sexualkundeunterricht an der Schule funktioniert und bietet eine altersgerechte Sexualaufklärung, die den Kindern das Recht aufzeigt, sich zu schützen, und die ihre Kompetenz fördert, sich gegen alle Arten von Gewalt zu wehren. Die Initiative tönt vom Titel her richtig, will aber ein Problem lösen, das so gar nicht existiert.

Rechte bei Totgeburten

Stillschweigend hat der Rat am letzten Sessionstag mein Postulat «Verbesserung der Rechtslage für Totgeborene» angenommen. Damit wird der Bundesrat beauftragt zu prüfen, wie die Rechtslage für die bisher von der Zivilstandsverordnung ausgeschlossenen totgeborenen Kinder (die zur Zeit der Geburt zu jung oder zu leicht waren und darum als Fehlgeburten gelten) und ihrer Eltern verbessert werden kann. Eine junge Frau, EVP-Mitglied, hatte mich auf die Thematik aufmerksam gemacht.

Marianne Streiff, EVP-Nationalrätin

Früher sagte der Volksmund von einer schwangeren Frau, dass sie «guter Hoffnung» sei. Sie war guter Hoffnung, dass alles in Ordnung ist und dass nach neun Monaten ein gesunder kleiner Mensch zur Welt kommt. Vielleicht hofften sie und der werdende Vater auch auf einen Stammhalter oder eine kleine Prinzessin. Aber das, was im Bauch der Mutter geschah, lag in Gottes Händen, und abgesehen von einigen Verhaltensregeln blieb ihr nur, das Beste zu hoffen. Heute will die Geburtsmedizin den werdenden Eltern die Causa «Hoffnung» gerne abnehmen oder behauptet es zumindest, indem so früh wie möglich so viel wie möglich über das Ungeborene in Erfahrung gebracht werden soll. Alle diese pränatalen Untersuchungen vom einfachen Ultraschall bis zur komplizierten Fruchtwasserpunktion sollen das «einfach nur hoffen können» ersetzen und Gewissheiten schaf-

fen. Solange alles in Ordnung ist und die Untersuchungen eben jene Ergebnisse liefern, die sich die werdenden Eltern (Achtung!) erhofft haben, ist alles wunderbar. Und wenn nicht? Dann wird aus der Hoffnung Angst oder Kummer. Im schlimmsten Fall steht die Schwangere plötzlich vor Fragen, die sie nicht beantworten möchte – und doch muss. Hoffnung und Glaube stehen sich gerade mit Blick auf eine Schwangerschaft sehr nahe. Ja, Untersuchungen können Gewissheiten liefern – erwünschte wie unerwünschte. Aber als Christen dürfen wir immer hoffen – auch über alle Gewissheit hinaus.

Christina Hiltbrunner
Gemeinderätin, Rüeggisberg



Christina Hiltbrunner

EVP KANTON FREIBURG

Nationalratswahlen in Sicht

Die EVP Kanton Freiburg nimmt entgegen früheren Absichten an den Nationalratswahlen vom 18. Oktober teil.

Mit diesem Entscheid machte der Vorstand seinen negativen Entscheid von Anfang Jahr rückgängig. Er wollte seine Kräfte vorerst auf die 2015 und 2016 anstehenden Gemeinde- und Grossratswahlen konzentrieren. Den Ausschlag für den Sinneswandel gaben die Zusage des Romandie, Christian Meyer, gewisse Aufgaben für die Nationalratswahlen zu übernehmen, und die Zusage einer grosszügigen finanziellen Unterstützung eines Privaten im Falle einer Teilnahme. Es haben sich bereits genügend Kandidatinnen und Kandidaten gemeldet, auch aus dem Greyerzerland im Süden. Geplant ist eine Unterlistenverbindung mit der Christlich-Sozialen Partei

(CSP) innerhalb des Mitte-Links-Bündnisses. Der Vorstand der EVP Kanton Freiburg (www.evpppev-fr.ch) erfuhr einige personelle Wechsel: Anne Stettler und Jean-Pierre Zimmermann (Fotos) traten per Anfang Jahr neu in den Vorstand



Anne Stettler



Jean-Pierre Zimmermann

ein und übernahmen von der abgetretenen Ruth Pellegrini die Sekretariatsaufgaben. Die langjährige Präsidentin Susanne Rüfenacht trat auf die Hauptversammlung am 23. April zurück, verbleibt aber im Vorstand.

EVP FR

Die EVP und ihre Werte im Web

Auf www.evp-be.ch finden Sie detailliert weitere interessante Angaben und Aktivitäten der EVP des Kantons Bern.

Zur schweizerischen EVP führt folgender Link: www.evpppev.ch.

Die der EVP-Politik zu Grunde liegenden Werte sind auf www.lebenswerte.ch näher erläutert.

EVP-Aktivitäten in den Kantonen

EVP Aargau zur Bildung

Die EVP Aargau reichte zwei Stellungnahmen zum Bildungsthemen ein: Nach Annahme der kantonalen Volksinitiative «Ja für Mundart im Kindergarten» fordert die EVP eine pragmatische Umsetzung, die auch mal eine Geschichte in Standardsprache möglich macht und Lehrpersonen aus Deutschland das Unterrichten nicht verunmöglicht. Bei der Revision der Übertrittsverfahren an der Volksschule begrüsst die EVP eine frühzeitige Einbindung und Information der Eltern und eine vermehrte Durchlässigkeit auf der Oberstufe.

Baselbieter EVP grüner

Nachdem Abklärung verschiedener Optionen ging die EVP Basel für die neue Legislaturperiode des Landrats eine Fraktion mit den Grünen ein. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, dass eine konstruktive Zusammenarbeit mit diesen sehr gut möglich ist. Mit anderen Partnern kam keine Einigung zustande. Die EVP konnte erreichen, dass unterschiedliche Auffassungen im Rat als Minderheitsmeinung deklariert werden können. So kann die EVP ihr Parteiprofil weiterhin selbstbewusst und pointiert platzieren.



Keine Sterbehilfe im Spital

Die EVP Basel-Stadt lehnt den in einer Motion geforderten Zugang der Sterbehilfeorganisationen zu allen öffentlich unterstützten Spitälern, Alters- und Pflegeheimen ab. In den Pflegeheimen hat sich die Regelung bewährt, dass im Eintrittsgespräch klar thematisiert wird, ob assistierter Suizid im betreffenden Heim möglich ist oder nicht. In den (Akut-)Spitälern will die EVP Sterbehilfe nicht zulassen, da diese deren Auftrag diametral widerspricht.

Budgetdebatte in Basel

Die EVP Basel-Stadt plädiert angesichts des Überschusses in der Staatsrechnung dafür, die geplanten drastischen Budgetkürzungen mit Augenmass anzugehen. Die EVP wehrt sich namentlich gegen Kürzung bei den Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen und bei der integrativen Schule. Bei letzterer sind die Lehrkräfte derart stark belastet, dass die Unterrichtsqualität leidet.

Solothurner EVP kontert

Die Solothurner Handelskammer will zur Entlastung der Kantonsfinanzen u.a. bei der Energie und Landwirtschaft sparen und Steuersenkungen mit Hilfe von nicht mehr ausbezahlten Ergänzungsleistungen finanzieren. Die EVP Kanton Solothurn empfindet Letzteres schlicht als zynisch und warnte davor, dass die Forderungen massiven finanziellen, sozialen und ökologischen Schaden mit sich brächten. Nach Ansicht der EVP gefährdet es in letzter Konsequenz den sozialen Frieden, wenn Druck auf Personen mit unteren und mittleren Einkommen erhöht wird, höhere Einkommen aber weiter entlastet werden.

Verfassung ein Flickwerk

Die bald 100-jährige Gemeindeverfassung von Davos (GR) ist und nach Ansicht des EVP-Parlamentariers Christian Thomann ein Flickwerk. Sein Vorstoss zu einer Revision fand bei Landammann Tarzisius Caviezel Gehör. Er

will nun die Totalrevision bis 2019 realisieren.

Menschenhandel thematisiert

Menschenhandel gibt es auch in der Schweiz – und zwar viel mehr, als man denkt. Menschen werden gekidnappt, verkauft,



vergewaltigt und mit Gewalt zur Prostitution gezwungen. Die EVP Kanton St. Gallen führte darum Anfang Mai gemeinsam mit dem Missions- und Hilfswerk Operation Mobilisation Schweiz, das mit betroffenen Frauen arbeitet, in Rorschach und Wattwil je einen Anlass zum Thema durch.

EVP im Kreuzlinger Stadtrat

Thomas Beringer (EVP) zieht neben den wiedergewählten Bisherigen neu in die Stadtregierung – den Stadtrat – von Kreuzlingen (TG) ein. Er schnappte damit der SVP, die nur mit einem Bisherigen antrat, einen ihrer zwei Sitze weg. Bei den Wahlen ins Gemeindeparlament holt sich die EVP wie 2011 aus eigener Kraft drei Sitze.

Zürcher Wahlerfolg

Die EVP konnte bei den Zürcher Kantonsratswahlen ihre Parlamentssitze um einen auf acht erhöhen. Durch das neue Wahlverfahren nach System Pukelsheim gab es Sitzverschiebungen unter den Bezirken und damit eine Abwahl und zwei Neugewählte. EVP-Regierungsratskandidat Nik Gugger erreichte mit 42 623 Stimmen ein super Resultat und schlug gar den BDP-Kandidaten.

Einsatz für Laienrichter

Die zuständige Kantonsratskommission möchte das Laienrichtertum an den Bezirksgerichten im Kanton Zürich abschaffen. Die EVP will am bestehenden System

festhalten, weil Laienrichter das Kollektiv eines Bezirksgerichts mit seiner juristischen Denkweise durch ihre andersartige Ausbildung und Sozialkompetenz und gesunden Menschenverstand sinnvoll ergänzen.

Projekt Limmattalbahn

Die EVP-Fraktion des Zürcher Kantonsrats stimmte dem Staatsbeitrag für eine Limmattalbahn – eine 13,4 km lange Trambahnlinie von Zürich Altstetten nach Killwangen-Spreitenbach – geschlossen zu. Das stark gewachsene Limmattal brauche eine optimale Lösung für die rasante Verkehrsentwicklung. Anders als die von den Gegnern vorgeschlagene Buslösung diene das Projekt auch dem Strassenverkehr, weil die Bahn zu 98% auf Eigentrassee gebaut wird.

KMU-Forum zu Innovation

Das von Markus Wenger geleitete KMU-Netzwerk der EVP Schweiz lädt Kaderleute aus KMU und/oder Politik ein zum KMU-Forum vom 19. Juni im Eisstadion in Langnau i. E. zum Thema «Innovation». Mit dabei sind Martin Bopp (Aargauer Hightech-Zentrum), Marianne Streiff-Feller (Nationalrätin und Präsidentin EVP), Marc Jost (Berner Grossratspräsident) und Peter Jakob (Jakob AG Rope Systems).



Markus Wenger

Kadertag der EVP Schweiz

EVP-Engagierte aus der ganzen Schweiz kamen im Bundeshaus zum Kadertag 2015 zusammen und rüsteten sich mit Themen wie Präimplantationsdiagnostik, Erbschaftssteuerreform und Wahlstrategie für die anstehenden Abstimmungs- und Wahlkampagnen. Generalsekretär Joel Blunier stellte die Wahlkampfthemen 2015 vor: 1. Nachhaltig leben, 2. Gerecht handeln, 3. Menschen würdigen. Workshops vermittelten hilfreiche Tipps und Tricks zu verschiedenen Themen.

LE GRAND CONSEIL COMME SI VOUS Y ÉTIEZ (1^{ER} PARTIE)

Campagne électorale ou politique objective?

Suppléant parfois la politique objective, la tactique électorale a marqué la session...

Il arrive régulièrement que des interventions politiques soient retirées sans délibération. Ainsi, de nombreuses «**bombes électorales**» n'ont pas été débattues, alors qu'elles jouissaient auparavant d'une place médiatique importante. Afin de pouvoir déposer une meilleure intervention sur un sujet identique, en janvier 10 requêtes ont été retirées et en mars encore 7.

Dans nos rangs, Ruedi Löffel a requis la création de bases légales pour la modification du



Marc Jost

système électoral pour les élections du Grand Conseil selon le principe de la double proportionnalité (Pukelsheim). Mais les grands partis ont exclu cette solution.

Les **directives gouvernementales** ont été discutées de manière inhabituellement intensive. Les représentants du PEV, et d'autres, ont demandé que la redevance hydraulique pour les centrales hydroélectriques ne soit pas augmentée. Cette requête, allant dans le sens du tournant énergétique, a obtenu une majorité grâce au soutien de notre groupe parlementaire.

En rapport avec la **stratégie de protection du patrimoine**, une réduction des bâtiments inventoriés a été briguée. Il a été décidé que pas plus de 6% des bâtiments ne peuvent être considérés comme devant être protégés ou

conservés. Actuellement, environ 9% des bâtiments sont listés sur l'inventaire. Celui-ci reste pourtant facultatif pour les communes. C'est en vain que le PEV s'est battu afin que la loi ne définisse plus des objectifs de prestations pour **les réductions de primes d'assurance maladie**. Cette suppression va dans le mauvais sens, considère le groupe PEV. Enfin, les contributions ont, depuis 2013, baissé de 125 mio. à 80 mio. Le PEV requiert maintenant, au moyen d'une motion, une nouvelle solution proportionnelle à la contribution fédérale.

Marc Jost, député au Grand Conseil

LE GRAND CONSEIL COMME SI VOUS Y ÉTIEZ (2^E PARTIE)

Finances et êtres humains en focus

La session de mars du Grand Conseil n'a duré que quatre jours. Les finances, l'asile et la politique de la santé ont provoqué beaucoup de discussions.

L'utilisation des avoirs encore disponibles du **fonds de couverture des pics d'investissement**, devant être clôturé à la fin de l'année, a été le sujet des débats à l'ouverture de la session. Hans Kipfer et Barbara Streit se sont prononcés contre la proposition du Gouvernement d'allouer ces moyens aux projets d'amélioration du réseau routier dans l'Emmental et l'Oberaargau devant être réalisés dans 10 à 15 ans. Au nom du PEV, ils ont demandé au lieu de cela que les avoirs restants soient alloués aux investissements nets des années

2016 à 2020. Le Grand Conseil a néanmoins rejeté la requête du PEV et suivi la proposition. Le nombre de **requérants d'asile mineurs non-accompagnés** a cru fortement au cours des dernières années. C'est pourquoi le Grand Conseil a débattu d'un crédit supplémentaire pour l'hébergement et l'accompagnement de ces enfants ayant besoin de protection. Markus Wenger, en tant que président de la commission de politique sécurité, et Patrick Gsteiger, en tant que porte-parole du groupe, se sont prononcés tous deux pour l'acceptation de ce crédit. Suite aux mesures d'économie, **les contributions cantonales pour la formation des médecins assistants** ont été considérablement réduites. Cela a conduit à ce que les hôpitaux

publics, avant tout, doivent combler ce trou avec des financements croisés non souhaitables. Melanie Beutler s'est engagé avec succès pour une augmentation des subventions cantonales.

Philippe Messerli s'est battu pour **une meilleure prévention afin d'empêcher les agressions sexuelles sur mineurs**. Le Gouvernement devra examiner si les institutions cantonales subventionnées doivent être conjointes de créer des bureaux de communication interne et de former régulièrement le personnel. Si cela permet d'éviter un seul cas d'abus, l'investissement aura été rentable, a souligné Philippe Messerli.

Un point positif est à relever dans le cadre des **élections des juges**. Sans aucune opposition, la



Philippe Messerli

candidate PEV Simone Mühlethaler a été élue en tant que Présidente du Tribunal d'arrondissement de l'Oberland. Nous en profitons pour lui souhaiter beaucoup de satisfaction et l'aide de Dieu dans ses nouvelles fonctions!

Philippe Messerli
député au Grand Conseil

Changement à Reconvilier




Christine Bordigoni

Quelques mois après sa brillante réélection au Conseil municipal, Cornelia Vaucher a choisi de se retirer suite à une

fatigue et une surcharge importante. Le poste laissé vacant revient à **Christine Bordigoni**, qui figurait en deuxième position sur la liste du PEV lors des dernières élections communales de novembre 2014. Elle se réjouit de siéger à l'Exécutif de son village et de se mettre ainsi au service de la population de Reconvilier.

PEVJB

Mots d'ordre du 14 juin 2015

 Diagnostic préimplantatoire	NON
Initiative sur les bourses d'études	OUI
Réforme de la fiscalité successorale	OUI
Loi sur la radio et la télévision	OUI

Le PEV rejette clairement le DPI

Le Parti évangélique rejette nettement la modification constitutionnelle relative à la procréation médicalement assistée et au génie génétique dans le domaine humain. La modification soi-disant inoffensive créerait la condition nécessaire pour le diagnostic préimplantatoire DPI et ouvrirait grand la porte à une sélection de type eugénique.

La modification prévue de la Constitution établirait la condition nécessaire pour le diagnostic préimplantatoire (DPI) dont les conditions-cadres sont réglées par la nouvelle loi fédérale sur la procréation médicalement assistée (nLPMA). Cette dernière a déjà été approuvée par le Parlement en décembre 2014 et entrerait automatiquement en vigueur dès l'acceptation de la nouvelle disposition constitutionnelle, si le référendum contre cette loi n'est pas saisi. Marianne Streiff, conseillère nationale PEV, souligne: «Au travers du DPI c'est

un laboratoire qui décide de la naissance ou non de personnes avec un handicap! Nous devons clairement combattre et rejeter l'article constitutionnel qui est attaché à la loi, sans quoi nous ouvririons la boîte de Pandore. Avec un non à la modification de la Constitution, nous empêchons, finalement, la sélection ciblée des êtres humains».

Garder la dignité d'une vie humaine

L'amendement constitutionnel sur le DPI ne permettrait pas seulement une sélection ciblée des êtres humains tout en déléguant à un laboratoire la décision sur une sélection de type eugénique. Il ouvrirait aussi grand les portes pour toute méthode imaginable de procréation médicalement assistée (par ex. bébés sauveurs, don d'embryons, etc.). C'est un changement de paradigme conduisant à une approche fondamentalement différente de la valorisation de la vie humaine naissante. Le cadre juridique et la médecine doivent avoir comme ligne directrice la guérison des



êtres humains malades, y compris des embryons, et non pas leur surproduction et élimination après une sélection de type eugénique. Le DPI remplacerait le droit par l'arbitraire, avec une sélection en laboratoire basée sur des «contrôles de qualité». Le PEV refuse la modification constitutionnelle relative à la procréation médicalement assistée et au génie génétique dans le domaine humain.

PEV CH

Soulager les revenus – Renforcer l'AVS!

Depuis des années, la charge fiscale sur le capital diminue. La richesse est répartie de manière toujours plus injuste. L'impôt sur les successions proposé par l'initiative populaire «Imposer les successions de plusieurs millions pour financer notre AVS» créera un certain équilibre.

L'initiative co-lancée par le PEV prévoit un impôt de 20% sur les grandes fortunes de plus de 2 millions, c'est-à-dire modéré en comparaison internationale. De son produit, deux tiers iront à l'AVS et un tiers aux cantons. Pour l'AVS c'est une source de revenus bienvenue. Son besoin de financement supplémentaire – par exemple via la TVA – diminuera. Par conséquent, la charge supportée par les gens

qui ont des revenus normaux et par les PME s'en trouvera allégée.

Les héritages modestes et moyens exonérés

L'impôt sur les successions, ce n'est pas une idée révolutionnaire. Il a permis, jusqu'à 15 ans en arrière, de compenser un peu la répartition inégale de la fortune dans tous les cantons, sauf celui de Schwytz. Depuis le nouveau millénaire, l'impôt sur les successions a été progressivement supprimé dans tous les cantons, cependant seulement pour les descendants directs. Les frères et sœurs, les neveux et les nièces, les partenaires non mariés et les filleul(e)s continuent à payer jusqu'à 50% du montant hérité. Si l'initiative est acceptée, de l'ordre sera mis dans cette «jungle» cantonale: les descendants indirects

et les personnes non apparentées seront exonérés de l'impôt. Et les petites et moyennes fortunes héritées le seront aussi, comme aujourd'hui, grâce à la franchise de 2 millions qui est prévue. On pourra donc hériter d'un appartement ou d'une maison familiale sans payer d'impôt, d'autant plus que, pour les couples, la franchise est garantie pour chaque succession et que ce sont ainsi finalement jusqu'à 4 millions qui peuvent être hérités sans payer d'impôt.

Les PME ne sont pas concernées

Les petites et moyennes entreprises, les PME, ne sont pas menacées par cette réforme. Le Parlement fixera les modalités qui les concernent. Avec une franchise de 50 millions de francs, par exemple, les PME pourraient être transmises



à la génération suivante sans avoir à s'acquitter de l'impôt. L'initiative prévoit aussi que les exploitations agricoles seront exonérées de l'impôt.

Bref, en disant oui à la réforme de la fiscalité successorale le 14 juin, nous allégerons la charge qui pèse sur les revenus et les PME, et nous renforcerons l'AVS.

www.fiscalite-successorale.ch